

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Gerd Wartenberg MdB fordert erneut den Rücktritt von Minister Schwarz-Schilling. Seite 1

Anke Martiny MdB, Obfrau der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, weist auf den Dauerbrenner „Östrogen-Kälber“ hin. Seite 2

Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung, über die Aussichten eines Honecker-Besuches 1985. Seite 3

Renate Lepsius MdB unterstreicht, daß die Propaganda der Union mit deren Erziehungsgeld auf Sand gebaut ist. Seite 7

40. Jahrgang / 217

13. November 1985

Sonnenschein-Skandal und kein Ende!

Firma der Familie Schwarz-Schilling verstößt nach wie vor gegen Umweltschutzbestimmungen

Von Gerd Wartenberg MdB

Nachdem im Juli dieses Jahres das Obergericht Berlin in einer sehr milden Entscheidung die Schließung der Firma Sonnenschein aufgeschoben hat, scheint sich die Firmenleitung darin bestätigt zu sehen, so schlampig wie bisher weiterarbeiten zu können. Seit Juli wurden viele Mängel der Firma mit Ordnungswidrigkeitsverfahren belegt. Sowohl bei Produktionsrückständen als auch im Produktionsbereich sind Nachlässigkeiten und Verstöße festgestellt worden. Im Gießereibereich wurden vorgeschriebene Auflagen bis jetzt nicht eingehalten.

Es ist dem Postminister offensichtlich völlig egal, daß das Unternehmen seiner Familie nach wie vor gesetzeswidrig handelt.

Aus den Vorgängen der letzten Monate wird nur noch deutlicher, daß ein Minister der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des eigenen Familienbesitzes nicht willens ist, dafür zu sorgen, daß Gesetze eingehalten werden. Auch wenn man der Wiederholungen überdrüssig wird: Der Rücktritt dieses Skandalministers ist überfällig, denn je

Als eine besondere Schamlosigkeit in diesem Zusammenhang ist es zu bewerten, daß der Geschäftsführer der Firma Sonnenschein, Michalski, am lautesten protestierte, als in Hessen die Koalition zwischen SPD und GRÜNEN abgeschlossen wurde. Er weiß, daß solche Schweinereien, wie sie in Berlin immer noch vorkommen, von einem hessischen Umweltminister nicht geduldet werden. Das Gebaren der Schwarz-Schilling-Firma Sonnenschein ist der beste Beweis dafür, daß die Kontrolle der Einhaltung der Umweltschutzgesetze verschärft werden muß. (-/13.11.1985/va/ks)

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos Entgelt
im weiteren Fortschritt
Rechnungs-Fahrt



Dauerbrenner „Östrogen-Kälber“

Wann wird die Bundesregierung endlich was tun?

Von Dr. Anke Martiny MdB
Obfrau der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

11.000 Kälber sollen schon jetzt wieder im Niedersächsischen getötet worden sein, weil der dringende Verdacht sich erhärtete, sie wären per „Hormoncocktail“ unzulässigerweise behandelt worden. Dies ist das vorläufige Zwischenergebnis im neuesten Östrogenskandal.

Die Nachrichten über Östrogen-Kälber gehören nachgerade zum täglichen Brot der Verbraucher. Seit fünf Jahren werden wir immer wieder mit Berichten über den Mißbrauch von Tierarzneimitteln geschockt, seit fünf Jahren sind es vor allem Östrogene, die bei der Kälberaufzucht verwendet werden, die ins Zwielficht geraten. Seit fünf Jahren frage ich die Bundesregierung, wie sie diesem unglaublichen Skandal Einhalt gebieten will.

Dazu ein Zitat aus dem jüngsten Wischi-Waschi der einschlägigen Antworten, nämlich aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD zum Vollzug des Arzneimittelgesetzes bei Tierarzneimitteln im März 1985. „In diesen Rechtsbereichen sind zwar in der Vergangenheit grundlegende Überarbeitungen mit dem Ziel einer Verbesserung des Schutzes der Verbraucher vor Rückständen in Lebensmitteln eingeleitet worden. Diese Neugestaltungen stellen jedoch einen längeren Prozeß dar, in dessen Verlauf unter anderem Durchführungsvorschriften geschaffen und Rückstandsnachweisverfahren entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden müssen. Darüber hinaus sind Entwicklungen des Gemeinschaftsrechts zu berücksichtigen. Außerdem müssen einzelstaatliche Regelungen gemeinschaftsrechtlich verankert werden, um den Schutz des Verbrauchers auch bei importierten Waren sicherzustellen.“

Im Klartext: Die Bundesregierung mauert und tut nichts! Und daß, obwohl die damalige sozialdemokratische Gesundheitsministerin Focke bereits gute Vorarbeit geleistet hat mit der Vorlage einer Bundeshygieneordnung zum Beispiel. Was ist geschehen seit der Wende? Wie sind die Analysemethoden verbessert worden? Welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung aus der Umfrage bei der für die Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln zuständigen Länderbehörden gezogen, die 1984 durchgeführt wurde. 1984!

Der Mißbrauch mit Tierarzneimitteln sei gar nicht so gravierend, meint die Bundesregierung. Was ist dieses Bundesgesundheitsministerium bloß für ein „Saftladen“ geworden, was ist bloß aus dem Problembewußtsein geworden, das beim ersten Östrogen-Skandal dort durchaus zu spüren war?

Was muß denn noch alles passieren, bis die Bundesgesundheitsministerin endlich aktiv wird?

(-/13.11.1985/rs/ks)

+ + +



Kommt er oder kommt er nicht?

Der politische Rahmen eines möglichen Honecker-Besuches

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.
Kommt er oder kommt er nicht? Auf die simple Frage, ob der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, bald in die Bundesrepublik kommt, scheint man mal wieder die deutsch-deutschen Beziehungen zu reduzieren.

Ob er und wann er kommt, hängt von einer Reihe von Entwicklungen und Sachverhalten ab und ist Mitte November 1985 nur spekulativ zu erörtern.

An diesen Spekulationen will ich mich nicht beteiligen. Wichtiger sind Sachverhalte und Entwicklungen, die in den deutsch-deutschen Beziehungen beziehungsweise auf diese wirken beziehungsweise auf diese einwirken. Da ist zunächst einmal das Spitzentreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Parteichef am 19. und 20. November 1985 in Genf. Es ist bekannt, daß die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen eingebettet ist in die Ost-West-Beziehungen und hier insbesondere abhängig ist vom Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Dies gilt auch in diesem Fall.

Zunächst zu der Frage:

II.

Gibt es unmittelbar nach dem Treffen Reagan/Gorbatschow einen deutsch-deutschen Gipfel?

Das Treffen Ronald Reagans mit Michail Gorbatschow eröffnet nicht nur in den Ost-West-Beziehungen eine Chance, sondern auch für die deutsch-deutschen Beziehungen. So jedenfalls wird es sowohl in Bonn als auch in Ost-Berlin gesehen.

Nicht wenige meinen, daß auf ein erfolgreiches Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Parteichef der überfällige Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland folgen kann. Doch hier gibt es keinen Automatismus, und zwar in doppelter Hinsicht nicht:

- Die amerikanisch-sowjetische Gipfelbegegnung muß nicht notwendigerweise zu einer Anschlußbegegnung zwischen Honecker und Kohl führen.
- Ein Erfolg in Genf (nach welchen Kriterien wertet man Genf als Erfolg?) bedeutet noch nicht, daß sich die beiden deutschen Staaten in strittigen Fragen verständigen.

Immerhin gibt es Anzeichen, daß man sich auf beiden Seiten auf ein kurzfristig angekündigtes Treffen unmittelbar nach der Gipfelbegegnung zwischen Reagan und Gorbatschow vorbereitet. In einigen Punkten kann man anknüpfen an die weit fortgeschrittenen Vorbereitungen vor dem abgesagten Besuch Honeckers.

Die Gipfelkonferenz zwischen Reagan und Gorbatschow schafft eine wichtige Voraussetzung für das Treffen Kohls mit Honecker, aber eben nur eine. Andere müssen hinzukommen, wie insbesondere der Wille auf beiden Seiten wie die Fähigkeit beider Seiten, in den deutsch-deutschen Beziehungen nach konstruktiven Anknüpfungspunkten für die Weiterentwicklung zu suchen. Dies verlangt Kompromißfähigkeit und die Konzentration auf das Realistische.

Die Kompromißfähigkeit wie -willigkeit zeigt sich insbesondere in einem für die deutsch-deutschen Beziehungen konzeptionell-strategischen Punkt, der den Verhandlungs- und Gesprächsansatz beider Seiten



betrifft: Die Bundesregierung möchte mit der DDR über Reiseerleichterungen, Umweltschutz, Städtepartnerschaft, Verbesserung des Berlin-Verkehrs und ähnliches sprechen; aber weder über die Forderungen von Gera (Elbe-Regelung, Respektierung einer Staatsbürgerschaft der DDR, Salzgitter-Erfassungstelle) noch über Sicherheitsfragen. Die DDR erklärt ihrerseits die Sicherheitspolitik zum Kern der deutsch-deutschen Beziehungen. Hier gibt es zwei gegensätzliche Ansätze. Es wird darauf ankommen, ob man diese Gegensätze auflösen kann und will.

In der bisherigen deutsch-deutschen Vertragspolitik ist viel erreicht worden, doch sind wir immer noch ein Stück vom Erreichbaren entfernt. Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf das, was erreichbar ist. In Stichworten: Eine baldige Verständigung über ein Kulturabkommen. Das unterschriftsreife Abkommen über Wissenschaft und Technik. Erreichbar sind Verbesserungen in der Struktur des innerdeutschen Handels, der vom Volumen her 1985 einen neuen Rekord aufweist. Erreichbar sind Verbesserungen des Reiseverkehrs wie der Familienzusammenführung.

III.

Erreichbar sollte auch eine Verständigung darüber sein, daß der bisherigen Deutschlandpolitik, die sich im wesentlichen auf das Humanitäre beschränkte, eine sicherheitspolitische Komponente hinzugefügt wird. Im deutsch-deutschen Grundlagenvertrag ist beides vorgesehen. Hier sollte die Hauptfrage sein: Was können die beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen für die europäische Sicherheitspolitik tun? Welche Themen eignen sich für parallele beziehungsweise gemeinsame Initiativen? Am geeignetsten scheinen mir folgende Themen zu sein:

- Die beiden deutschen Staaten könnten bei der Stockholmer Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE), die in ihr entscheidendes Stadium tritt, dem geltenden Gewaltverzicht durch konkrete Maßnahmen instrumentell Ausdruck und Wirkung verleihen. Betroffen sind beide, beteiligt sind auch beide.
- Zum Stichwort vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen: Beide sind betroffen und beide sind auch gleichberechtigt beteiligt. Vertrauen entsteht bekanntlich durch Abbau von überholten und unsinnigen Bedrohungs- und Feindbildern auf beiden Seiten. Warum ergreifen beide deutsche Staaten hier nicht geeignete Schritte?
- Abzug von C-Waffen aus einem Gebiet, das mindestens die beiden deutschen Staaten einschließt. Dazu bedürfte es jetzt der baldigen Aufnahme von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen. Denn der Entwurf von SPD und SED ist das Ergebnis von Gesprächen zwischen beiden Parteien. Es kommt jetzt darauf an, daß die Regierungen über den Abzug von Chemiewaffen Verhandlungen führen. Die Bundesregierung hat bekanntlich das Verhandlungsangebot der DDR-Regierung zwar nicht abgelehnt, aber doch auf den weltweiten Ansatz verwiesen und damit einem regionalen Ansatz eine Absage erteilt. Nun hat der Staatsratsvorsitzende in einem weiteren Brief den Bundeskanzler aufgefordert, seine Position zu überdenken, denn zwischen regionalem Ansatz und dem von der Bundesregierung favorisierten weltweiten Ansatz muß kein Widerspruch bestehen. Die DDR hält diese Frage für so wichtig, daß sie das „Gebot des nationalen Interesses der DDR und der BRD“ ins Spiel bringt. Hier sollten keine Chancen voreilig vertan werden.

Dies sind lediglich Beispiele für das sicherheitspolitische Engagement beider deutscher Staaten. Es kommt darauf an, daß die Verantwortlichen beider Seiten im ständigen Gespräch die geeigneten Themen identifizieren, um dann zu sehen, was die beiden deutschen Staaten tun können. Daß sie sicherheitspolitisch etwas tun müssen, ergibt sich aus ihrer geographischen Lage, der Bedeutung beider deutscher Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen und gebietet auch die sicherheitspolitische Lage in Europa.

IV.

Bestimmt das leidige Thema SDI auch den deutsch-deutschen Besuchsfahrplan?



Wenn es richtig ist, daß eine Beteiligung der Bundesregierung (wie auch immer) an der amerikanischen Verteidigungsinitiative (SDI) negative Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und auf die deutsch-deutschen im besonderen hat (wie das Bonner Auswärtige Amt analysiert hat, und von Honecker in einem Brief an Kohl mahndend hervorgehoben wurde), so rückt SDI in den Kontext des Besuchs Honeckers in der Bundesrepublik.

Es scheint nicht sehr realistisch zu sein, davon auszugehen, daß Honecker in die Bundesrepublik reist, nachdem die Bundesregierung ihre Beteiligung an SDI bekannt gegeben hat. Es ist zu erwarten, daß diese Bekanntgabe um die Jahreswende erfolgen wird. Es spricht also einiges dafür, daß Erich Honecker in dem recht kurzen Zeitraum zwischen dem Spitzentreffen zwischen Reagan und Gorbatschow und der endgültigen Entscheidung der Bundesregierung in Sachen SDI kommt, wenn er kommt.

Wie auch immer: Die Sicherheitspolitik wird ein zentrales Thema der Begegnung des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden sein (müssen).

Daß die Bundesregierung diesem Thema ausweicht, ist bekannt. Mit welchen Einwänden versucht die Bundesregierung der Hinzufügung der sicherheitspolitischen Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen entgegenzuwirken?

V.

Die bisherigen Einwände der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegenüber der Hinzufügung einer sicherheitspolitischen Komponente können nicht überzeugen. Um die wichtigsten bekannt gewordenen Einwände kurz aufzugreifen:

So lautet einer der Einwände: Die DDR habe keinen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum. Dies ist im Grunde genommen eine reine Spekulation solange die Bundesregierung den Handlungsspielraum der DDR nicht auslotet. Die Empfehlung von SPD und SED zu einer chemiewaffenfreien Zone in Europa zu kommen, hätte der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum der DDR zu testen. Diese Gelegenheit ist zunächst einmal vertan worden.

Ein weiterer häufig zu hörender Einwand:

Die DDR vertritt ausschließlich sowjetische Interessen, deshalb habe es keinen Sinn, mit der DDR über Sicherheitspolitik zu sprechen. Dem ist entgegenzuhalten, daß auch dies, beim gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse, eine Spekulation der Bundesregierung ist, die genährt wird von einigen DDR-Forschern bei uns. Auch hier wäre die Aufgabe der Bundesregierung, die Interessenlage der DDR auf dem Verhandlungswege auszuloten.



Ein weiterer Einwand richtet sich gegen eine Verknüpfung im Sinne eines Junktims von klassischer Deutschlandpolitik und sicherheitspolitischen Fragen. Dies ist jedoch ein Mißverständnis. Deutsch-deutsche Sicherheitspolitik soll nicht an die Stelle der klassischen Deutschlandpolitik treten, sondern diese ergänzen. Bislang sparten die deutsch-deutschen Beziehungen das Thema der Sicherheitspolitik aus, sieht man einmal ab von den wenigen und offenbar sehr unergiebigem Begegnungen zwischen dem Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung und dem Leiter der Grundsatzabteilung im DDR-Außenministerium. Zugespißt formuliert: Sicherheitspolitik in den deutsch-deutschen Beziehungen, wie die klassischen deutschlandpolitischen Themen haben ihren spezifischen Wert. Wer sie im Sinne eines Junktims zusammenbringt, in der zugespißten Formel, daß vom sicherheitspolitischen Wohlergehen der Bundesregierung deutschlandpolitische Zugeständnisse abhängig gemacht werden, vertritt einen Ansatz, der hier nicht unterstützt wird.

Die Bundesregierung verhält sich in der Diskussion über die sicherheitspolitische Komponente in der Deutschlandpolitik nicht nur sehr defensiv, sondern auch inkonsequent. So hat kürzlich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, in einem Vortrag zurecht darauf hingewiesen, daß Bundesrepublik und DDR jeweils „wichtige Mitglieder“ ihrer Bündnisse seien. Dies sowohl „politisch, wirtschaftlich und auch militärisch“. Er hat hinzugefügt: „Das Verhalten dieser beiden Staaten spielt deshalb ebenso eine wichtige Rolle im Ost-West-Verhältnis wie die Qualität ihrer gegenseitigen Beziehungen. Innerdeutsche Beziehungen und Ost-West-Beziehungen stehen in einem Wechselverhältnis zueinander“. Von dieser wichtigen Feststellung bis zu der Überlegung, was die beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer wichtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stellung in ihren jeweiligen Bündnissen für die Erhaltung des Friedens und die Gestaltung der Sicherheitsbeziehungen leisten können, führt nur ein kurzer Weg. Doch diesen Schritt von der richtigen Analyse zu den angemessenen Konsequenzen zu gehen - diesen Schritt scheut die Bundesregierung.

Für die Verhandlungen über ein Kommuniqué aus Anlaß des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik ist der Punkt Sicherheitspolitik und die Frage, was aus der erklärten Verantwortungsgemeinschaft folgt, wichtig.

(-/13.11.1985/rs/ks)

+ + +



Familienpolitisches Neuland seit 1974 besetzt

Krankenpflege-Urlaub und Haushaltshilfe als Beispiel für weichenstellende sozialdemokratische Politik

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Unter dem etwas nichtssagenden Titel eines „Leistungsverbesserungsgesetzes“ trat am 1. Januar 1974 ein Gesetz in Kraft, das erwerbstätige Väter und Mütter bei der Erkrankung ihrer Kinder erstmals in die Lage versetzte, unter gleichen Voraussetzungen fünf Tage Freistellung von der Arbeit bei Zahlung eines Krankengeldes zu beanspruchen. Mit dieser Regelung betraten Sozialdemokraten sozialpolitisches Neuland. Wir zogen einen Schlußstrich unter eine lange Praxis der Heuchelei, bei der erwerbstätige Mütter eigene Krankheit vortäuschen mußten, um ihre erkrankten Kinder zu versorgen.

Weil Gleiches nur gleich behandelt werden kann, erhielt auch der erwerbstätige Vater einen gleichen Rechtsanspruch in der Reichsversicherungsordnung. Weil Ungleiches eben auch ungleich behandelt werden muß, erhielten Hausfrauen, die selber zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus müssen, für die Betreuung ihrer Kinder eine Haushaltshilfe - als Leistung der Reichsversicherungsordnung über die Krankenkasse ausgezahlt.

Heute ist diese soziale Errungenschaft für alle Arbeitnehmer und Hausfrauen eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem ist es wert, sich daran zu erinnern: Das Leistungsverbesserungsgesetz, das übrigens auch die elende Aussteuerung langfristig erkrankter Arbeitnehmer aus der Krankenkasse beseitigte, ist das erste sozialpolitische Leistungsgesetz, in dem die partnerschaftliche Ehe von Sozialdemokraten verankert wurde. Damals sagte Marie Schlei, die um dieses Gesetz kämpfen, im wahrsten Sinne des Wortes auch ringen mußte, damit nicht wiederum Frauen als Leidtragende eines sozialpolitischen Schutzgesetzes benachteiligt würden: „Auch Väter können und sollten also in der Zukunft von der eingeräumten Möglichkeit Gebrauch machen.“ Dies war in der 2. Lesung am 5. Oktober 1973.

Väter tun dies auch seither. 1974 waren es in acht Prozent der Fälle Väter, die ihren Anspruch über ihre Krankenkasse geltend gemacht haben. Dieser Anteil der Väter ist bis 1983, wie von den Allgemeinen Ortskrankenkassen zu hören ist, kontinuierlich auf zwölf Prozent gestiegen. Wie Frauen haben auch sie im Durchschnitt drei Tage Krankenpflege-Urlaub genommen. Das ist praktizierte Partnerschaft als Eltern, ermöglicht durch sozialdemokratische Sozialpolitik. Von der Möglichkeit, bei einem Krankenhausaufenthalt einer Hausfrau und natürlich auch eines Hausmannes mit kleinen Kindern eine von der Krankenkasse bezahlte Haushaltshilfe heranzuziehen, haben in der Zeit von 1974 bis 1984 allein bei der AOK über 600.000 Familien Gebrauch gemacht.



Warum ist dies bemerkenswert? Dieser Tage hat sich die neue Familienministerin Professor Süsmuth gerühmt, daß mit dem Erziehungsgeld „zum ersten Male in einem Gesetz auch Väter als Anspruchsberechtigte aufgenommen werden“. Man höre und staune, wie Sozialpolitikgeschichte verdrängt und selbstverständliche Rechtsansprüche der Bürger in politischen Nebeln verschleiert werden. Auch ihr Vorgänger, Heiner Geißler, war darin nicht minder zimperlich. Mit dem Erziehungsgeld, so meinte er in der 1. Lesung des Erziehungsgeldgesetzes, „machen wir Schluß mit dem ungerechten Zweiklassenrecht“, das zwischen berufstätigen Müttern und Hausfrauen unterscheidet.

Freilich war das angeblich familienpolitische Neuland durch die Politik der Sozialdemokraten schon besetzt. Sozialdemokratische Familien- und Sozialpolitik paßt ihre Politik den strukturell unterschiedlichen Situationen an. Diese Grundlinie, daß Ungleiches auch differenziert und nicht gleichmacherisch - wie beim Erziehungsgeld - über einen Kamm geschoren werden darf, stand seinerzeit Pate beim Krankenpflege-Urlaub erwerbstätiger Väter und Mütter wie auch bei der Einführung der Haushaltshilfe, die für Hausfrauen und Hausmänner aus der anderen familiären Situation heraus den eigenen Krankenhausaufenthalt sorgenfreier ermöglicht.

Dieser Grundsatz gilt übrigens auch für den von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Elternurlaubsgesetzesentwurf. Hier sind für unterschiedlich sozial strukturierte Situationen - Berufstätigkeit bei Vätern und Müttern beziehungsweise Nichterwerbstätigkeit bei Vätern und Müttern - eben auch strukturell differenzierte Wege vorgeschlagen worden. Für erwerbstätige Mütter muß der Mutterschaftsurlaub erhalten und auf die alte Höhe des Lohnersatzes von 750,00 DM gebracht werden. Für erwerbstätige Väter ist bezahlter Elternurlaub, für Familienmütter ein Elternurlaubsgeld und für Alleinerziehende ein höheres Elternurlaubsgeld vorgesehen.

Die Abkehr vom Gießkannenprinzip durch die Politik der sozialliberalen Koalition steht modellhaft für sozialdemokratische Frauen-, Familien- und Sozialpolitik. So positiv die jetzt mögliche Berücksichtigung von Hausfrauen beim Erziehungsgeld ist, sie bedeutet in der von der konservativen Regierungsmehrheit vorgelegten Form die Rückkehr zum traditionellen Gießkannenprinzip der CDU, das wir aus den 50er und 60er Jahren kennen. Sie stellt eine grundsätzliche familienpolitische Wende dar! Diese Abkehr von differenzierter Sozial- und Familienpolitik werden die Mütter als Erwerbstätige, Arbeitslose und als Alleinerziehende bezahlen!

(-/13.11.1985/va/ks)

+ + +

